

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 12. März 2018

Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen jetzt stärken und mittelfristig in eine Stiftung überführen

Für uns Freie Demokraten bleibt es unerlässlich, dass sich die Bundesrepublik Deutschland ihrer geschichtlichen Verantwortung stellt und nicht müde wird, NS-Verbrechen aufzuarbeiten und daran beteiligte Personen auch in Gerichtsverfahren mit ihrer Verantwortung zu konfrontieren. Wir sprechen uns dafür aus, das Personal der Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg möglichst kurzfristig aufzustocken, damit auch angesichts des Alters möglicher tatbeteiligter Personen Sachverhalte zur Übermittlung an die zuständigen Staatsanwaltschaften zwecks Einleitung etwaiger Ermittlungsverfahren zügig und intensiviert aufgearbeitet werden können.

Für die Zukunft setzen wir uns für die Errichtung einer gemeinsamen Stiftung von Bund und Ländern ein, die die Aufgabe haben soll, den Umfang der Bundesrepublik Deutschland mit der Bewältigung und juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen zu dokumentieren, den in Ludwigsburg gesammelten umfangreichen Dokumentenbestand am Stück als Sonderbestand zu erhalten und zu archivieren und ihn der Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zugänglich zu machen.